

Die Arbeiterkräfte, die jetzt einberufen werden, werden etwas ganz anderes sein als die Ängst- und Sorgenräte von 1918/19. Damals war die große Masse des Volkes noch befangen in dem Verlangen an die bürgerliche Demokratie. ...

Die Buchstaben unter sich

Der deutschpöhlische Reichstagsabgeordnete v. Graefe berichtet in der letzten am Samstag-Abend und deutschpöhlischen Straß-berichterzählung 'Deutsches Tagesblatt' über den Hiltler-Buchst, an dem er teilgenommen hat, über die Substanz des Buchs: 'Schon vor einigen Tagen hatten Lohoff und Raab sich die ...'

Der Ruch nach rechts

Bei all den offen ausgesprochenen Zerkleinerungsversuchen der sozialistischen Presse und kleiner Bourgeoisie macht sich der Ruch nach rechts immer deutlicher geltend. So auch in der Reichstags-Verhandlung, bei der zwar die einzelnen Reichsminister nichts als ...'

Wie die sozialdemokratischen Minister S. Rgl. Hoheit den Kronprinzen schluckten

An der betretenden Stellungnahme der SPD-Stimme zu der Rückkehr des Kronprinzen war zu merken, daß die Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit irgend etwas für sich herbeizuholen hatte, was ihre 'Opposition' in Einklang brachte. ...

Ehret, Demokratie und Reichsverfassung

In der 'Deutschen Zeitung' schreibt der frühere sozialdemokratische Reichs-Max-Maurenbrecher über die Bedeutung der Übertragung der gesamten Reichsregierung an Seidat: 'Man erst haben wir die Mithildediktatur in reiner Gestalt. ...'

als freigelegter Feldherr den Kartographischen Staat zu beherrschern vermöchte ...

Damit ist fast die volle Bedeutung des Schrittes, den Ehret getan hat, ausgeprochen. Die Reichsregierung des Generals ist damit eine dauernde. Die von der Volkserhebung gewählten ...

Die Durchführung des Wirtschaftstages

Vor kurzem haben wir über die diktatorische Einführung des Wirtschaftstages durch den Reichspräsidenten berichtet. Die Bergherren im mitteldeutschen Braunkohlen- und Kalibergbau versuchen, während der Arbeitslosen einzufließen. ...

Das Resultat liegt nun vor. Nicht nur triumphierten die Bergherren und diffidieren den Bergleuten den Wirtschaftstag, sondern morgen schon vielleicht den Wirtschaftstag zu diffidieren, sondern viele entschlossene Arbeiter kehren dem Verband den Rücken. ...

Der Verfall und die Rettung der Gewerkschaften

Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten über den katastrophalen Zusammenbruch der Gewerkschaften. Es wäre nutzlos, die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaften zu schildern, wenn sie nicht im letzten Augenblicke durch die ...

Der Metallarbeiterverband, die stärkste von allen deutschen Gewerkschaften, die noch vor kurzem mit mehr als einer Million Mitglieder an der Spitze der Bewegung stand, ist in der ...

Einzelne Gewerkschaften sind durch die Situation gestützt und den Kontakt der reformistischen Gewerkschaftspolitik eines Besten behält worden und haben sich für unsere revolutionäre ...

Wie sind die Gewerkschaften zu retten? Wir Kommunisten haben seit Jahren der richtigen Antwort aus der Situation gesucht und waren unermüdet bei der Renouationierung der Gewerkschaften tätig. ...

Die Weimarer Konferenz verfallen

Da viele Gewerkschaftskreise das Gerücht gefasst haben, die von den mitteldeutschen Ortsvereinen nach Weimar einberufenen ...

Konferenz zu verfallen, da ihre Kartellvereinbarungen in der kurzen Zeit nicht stattfinden, haben sich die Einberufer genötigt gesehen, die Konferenz vom 18. auf den 25. November zu verlegen.

Ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokraten in Sachsen

Am 1. und 2. Dezember findet in Dresden der außerordentliche Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei statt mit der Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichs- und Landespolitik sowie organisatorische Fragen. ...

Das 'Deutsche Tagesblatt' verboten

Der Inhaber der vorliegenden Gewalt, General v. Seest, hat auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bis auf weiteres Herstellung und Vertrieb des 'Deutschen Tagesblattes', das in seiner Nummer 107 vom Dienstag, dem 18. November, die Reichsregierung zur politischen Stellungnahme und zum Angelegenheit aufgefordert hat, verboten. ...

Die Chemnitzer Jungsozialisten fordern den gemeinsamen Kampf mit der kommunistischen Jugend

Die Chemnitzer Jungsozialisten haben in ihrer Verammlung die Entschlossenheit angenommen die Klar zum Ausdruck bringt daß sie nicht mehr durch ihren jetzigen Passivismus indirekt die Reaktion fördern wollen. Die Entschlossenheit hat folgenden Wortlaut: 'Getreu ihrem Bekenntnis zur deutschen Republik, entschlossen, dieselbe mit Gut und Blut zu verteidigen, von der Sozialdemokratischen Partei eine klare, aktive, wirksam republikanische ...'

Die Chemnitzer Jungsozialisten hätten ihre Entschlossenheit ebenfalls in allen tatsächlichen Jungsozialisten riefen können, denn der SPD-Parteiorganismus und der Vorstand der SA werden nicht nach ihrem Wunsch handeln. Die Chemnitzer Jungsozialisten müssen selbständig direkt mit der SA in eine gemeinsame Kampffront treten, um ihre Interessen zu verteidigen.

Die verfallene Kapitalanlage. Mit dem Einfallen der Rentenmark am 15. November wird die Goldanleihe ihre Bedeutung als Zahlungsmittel verlieren und ihrem eigentlichen Zweck, eine Kapitalanlage zu bilden, wieder ausgeführt werden. ...

Ankündigung geht nicht zur Reichsregierung. Die amtliche Pressestelle meldet, es sei unrichtig, daß Ministerpräsident v. Brüning nach Berlin gereist sei.

Autorenfreiheit und Journalistenverfassung. Berlin hat bekanntlich die von den Verlegerorganisationen der politischen Verkommenheit in Deutschland geforderte Journalistenverfassung in Gestalt und äußeren Gegebenheiten, wie sie in bürgerlichen Ländern schon längst an der Tagesordnung waren. ...

Die Rückkehr des früheren deutschen Kronprinzen. In einem Artikel über den Kronprinzen der 'Frankfurter Zeitung' vom 14. November die Rückkehr des Kronprinzen bedeute in unserer Zeit der inneren Zerkleinerung die Entschlossenheit eines neuen Geistesherbes um seine Nation. ...

Ausland

In drei Jahren sollen die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aufgebaut sein

Die Finanzverwaltung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf des Wiederaufbaubudgets für 1924 vorgelegt. Die Finanzverwaltung erklärt, die völlige Wiederherstellung der befreiten Gebiete auf dieser Grundlage in 3 Jahren durchführen zu können, so daß bis Ende 1926 die zerstörten Gebiete völlig wieder hergestellt sein werden.

Auflösung des englischen Parlaments

Baldwin erklärte im Unterhause, er habe dem König geraten, das Parlament zum frühestmöglichen Zeitpunkt aufzulösen. Dies werde am nächsten Freitag, 16. November, geschehen. ...

Gewerkschaftsbewegung

Lohnverhältnisse in der Metallindustrie. Gemäß des Schiedsprüches vom 8. d. M. sind auf Grund des Abgebundener Indes, der eine Steigerung von 100 Prozent aufweist, mit dem Verband der mitteldeutschen Metallindustrie für die ...

Am Freitag, dem 14. November, 24 Millionen Mark, am Freitag, dem 16. November, nochmals 24 Millionen Mark. Jüngere Altersklassen, Arbeiterinnen und Lehrlinge erhalten entsprechend weniger.

Der empfindliche Mißbehagen für diese Woche sowie alle anderen Anlagen werden am Donnerstag festgesetzt. Darans ergibt sich, daß am Montag nächster Woche zur Auszahlung gelangende ...

Vom Tage

Wieder ein Dampfer gesunken. Der Dampfer 'Kerum', der sich im Schlepptau auf der Fahrt von Wlodek nach Hamburg befindet, ist an der spanischen Küste im Sturm gesunken. Die Besatzung wurde in Sicherheit gebracht.

Der Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Verlegt von der Redaktion des Organs 11-17, Post 155, Halle, durch die Post 2310 B.H. 27. ohne Auftr.gebühr. Druck: Verlags-Gesellschaft f. d. Saal-, Halle-Merseburg G.m.b.H. Halle, Verlagsstraße 14, Telefon 1045, 1047, 2251. Erscheinung: Sprechzeit 12-1 und 5-8 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 9 Goldmarken f. d. M.H.M. 588 u. Spalte; 28 Goldmarken f. d. K.H.M. anlässlich an den dreispaltigen Zeitstreifen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postkonto: Leipzig 1063 48, Post Str. 10, Halle.

Einzelpreis 30 Milliarden

Mittwoch, den 14. November 1923

3. Jahrgang Nummer 267

Die Hälfte der Bevölkerung arbeitslos

Das Reichswirtschaftsministerium gibt amtlich bekannt: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Abkperung des zentralen und nördlichen Gebietes durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein in den besetzten rheinischen Gebieten sind zwei Millionen Arbeiterlose. Rechnet man die Kurzarbeiter und Familienangehörigen der Gewerbetlosen und Kurzarbeiter hinzu, so ist hier mindestens die Hälfte der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Auswirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700.000, die der unterliegenden Kurzarbeiter mehr als 1 1/2 Millionen. Hierzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch die Statistik der Arbeiterlosenverbände. Bereits Ende September waren 10 Prozent ihrer Mitglieder arbeitslos, 40 Prozent Kurzarbeiter. In einzelnen Verbänden erfasste die Arbeitslosigkeit bis zu 30 Prozent, in anderen die Kurzarbeit 75 Prozent der Mitglieder. Die Not ist um so größer, als die finanzielle Lage Deutschlands den Unterstützungsmöglichkeiten enge Grenzen zieht.

Die Industriefallen des Ruhrgebietes haben die Abschließung der Arbeitslosen nach dem unbesetzten Gebiet und die Verlängerung der Arbeitszeit verlangt. Die Gewerkschaftsführer gehen in den Verhandlungen die Erklärung ab, daß die Leistungen von Arbeitern und Lehrlingen diskutierbar seien, wenn die Unternehmer den Nachweis erbringen, daß die Produktion in den mit den Arbeitslosen verknüpften abgefallenen Betrieben liege. Um der Forderung nach Überwinden der Notlage zu verhelfen, hat Schiffs 70.000 Arbeitern, Angehörigen und Ingenieuren gelündigt. Die Firma Krupp entläßt über 60.000 Arbeiter und alle jungen Arbeiter, ebenso alle Arbeiter aus dem unbesetzten Gebiet. Die Gewerkschaften gehen nicht ohne weiteres auf die Forderungen ein, sie verlangen durch die Aufhebung des Zwangsarbeitsrechts bereits den Zwangsurlaub.

Der Vorstoß des deutschen Schwermetallwerks mit den deutschen Gewerkschaften wird bereits schon einmal ein Dementi erteilt, als die Schwermetallwerke ihren Vorstoß mit französischen Forderungen begründeten.

Wichtig ist aber die „Bearbeitung“ der deutschen Gewerkschaften weiter gegangen. Zielsetzungen der Gewerkschaften, die vor einigen Wochen in Paris und Moskau freigegeben, als die Bergarbeiter von sich aus die Zentralisierung durch einen zentralen Verband verfolgen wollten, sind schon wesentlich launiger bei diesem neuen, ebenso notwendigermaßen, Anschlag auf die Lebensbedingungen der Arbeiter. Schon werden sie von „unfreiwilligen“ „Kampfbereitschaften“ und „außenpolitischer Zwangslage“, um ihren kämpfbereiten Verrat zu verschleiern.

Die Hälfte der Bevölkerung arbeitslos. Das ist die Lage der Produktion, auf die die Regierung eine weitestgehende Weidung ausbauen will. Im Reichsbericht der Generaldirektion unbesetzt. In den wenigen Wochen ihres Bestehens hat sie es fertig bekommen, die deutsche Produktion vollkommen in Grund und Boden zu ruinieren. Ungeachtete Arbeitslose, hungernde Frauen, Männer und Kinder sind erschossen worden, daß die Generaldirektion ist unfähig, die Unternehmung zur Deckung der Betriebe zu zwingen, ebenso wie sie unfähig ist, die Wollendrucker an die Arbeit zu bringen. Sie kann keinen Betrieb öffnen, keine Arbeit, kein Brot schaffen, weil sie ja die Diktatur der Schwerindustrie ist. Die Hälfte der Bevölkerung heute arbeitslos, morgen werden es lebend mehr sein, das ist der Sinn der Seid-Diktatur in Deutschland.

Ein 70-jähriger Mann von der Reichswehr in seinem eigenen Hause erschossen

(Eig. Drahtm.) Götting, 14. November. Die Reichswehr besetzte Witterfeld. Sie hätte eine Rufe bei sich, auf der 30. Generation versetzt waren, die aus den Betrieben heraus verbannt werden sollten. Während der Dauer von zwei Stunden durfte niemand die Straßen betreten. In Steinbach-Gallenberg wurde am Sonntag ein alter Mann von 70 Jahren von der Reichswehr erschossen. Der Sohn des Mannes wurde verhaftet. Als der alte Mann die Straße öffnete, die Reichswehrsoldaten sah, schloß er die Tür wieder, worauf ein Reichswehrsoldat schuß. Der Mann, der in die Schlinge getroffen war, war sofort tot.

Der Buchdruckerstreik geht weiter

(Eigene Drahtmeldung) Berlin, 14. November. Gestern nachmittag beschäftigte sich wiederum eine Funktionärversammlung der beteiligten Organisationen mit der gegenwärtigen Streiklage. Der Vorstand der graphischen Organisationen war vorzeitig erneut zu Verhandlungen nach dem Reichsarbeitsministerium getrieben. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in der Besammlung berichtet. Der Reichsarbeitsminister hatte den Unternehmern empfohlen, im Falle der Arbeitsaufnahme allen Gefährten sofort einen Vorstoß von 1 1/2 Millionen auszugeben. Obwohl sich inzwischen auch der Arbeitsminister infolge der weiteren gemäßigten Vertretung aller Lebensbedingungen von der Unmöglichkeit der Durchführung des Zwangsarbeitsrechts überzeugt hat, so haben die Unternehmern lediglich schriftlich erklärt, daß der Vorstoß des Reichsarbeitsministers für seine Verhandlungsgrundlage dienen könne. Der Reichsarbeitsminister erklärte in der Besammlung, daß augenblicklich jede Brücke von den Unternehmern abgebrochen sei, nur zu einer Verständigung in diesem wirtschaftlichen

Kampfe zu kommen. Ohne jede Diskussion wurde bei der Abstimmung der Unternehmervorstoß einstimmig abgelehnt. Somit geht der Kampf weiter.

Streik in Magdeburger Druckereien?

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 14. November. Die Arbeiter zweier Magdeburger Druckereien, die werkschließendes Geld herfordern, verlangen die Auszahlung ihres Lohnes in werkschließendes Noten. Es ist ebenfalls wie in Berlin mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Streikbrecher in der Reichsdruckerei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November. Die von Roste gebildete staatliche Streikbrechertruppe, die technische Notfälle, hat der Reichsdruckerei ungefähr 300 Streikbrecher zugewiesen. Diese Streikbrecher sollen auch nach Beendigung des Streikes im Betrieb bleiben, obwohl feststeht, daß die Arbeitsleistungen der Truppe in der Reichsdruckerei gleich null sind.

Antijemittische Kundgebungen in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November. Gestern fanden auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg antijemittische Kundgebungen statt. Der „Deutsche Herald“ hatte zu gestern Abend, obwohl eine öffentliche Versammlung schon in der verflochtenen Woche verboten worden war, seine Mitglieder nach den höchsten Anweisungen einberufen, um der Reichsregierung gegenüber die Stimme zu erheben. Die Polizei hatte das Verbot vorher befehligt und ließ die antijemittischen Versammlungen nicht in der Versammlung. Dabei kam es zu verheerenden Ausschreitungen. Die Demonstrationen gegen sich nach dem Wilhelmplatz zurück, wo kurze Kundgebungen gehalten wurden, die mit Schreien auf „Eubendorf“ und „Hilfer“ endeten. Die Versammlungen lauten dann die „Hilfer“ „Hilfer“, „Hilfer“ und antijemittische Sieder.

Limburg und Spener in den Händen der Separatisten

Frankfurt a. M., 13. November. Der erwartete Angriff der Separatisten auf Limburg setzte am 10. Uhr vormittags ein. Gewöhnliche Banden kamen aus Diez und gingen sofort zum Angriff auf das Limburger Rathaus vor, dessen Schloß zur Stunde noch unbesetzt ist. Die französischen Besatzungen folgten dem Angriff mit Wollmützen an. An die farbigen Truppen ist sofort Munition verteilt worden.

Frankfurt a. M., 14. November. Die in der letzten Nacht eingedrungenen Separatisten haben heute vormittags das nur von Schwanden Kräfte der Schutzpolizei besetzte Rathaus in Limburg eingenommen. Ueber das Schicksal des Bürgermeisters und der Beamten ist noch nichts bekannt. Das Schicksal ist von den Separatisten unklar.

Frankfurt a. M., 14. November. Nachdem sich die Separatisten mit Hilfe der Franzosen in den Besitz der Regierungsgebäude in Spener gesetzt haben, werden die Regierungsgebäude der Wahl von einem anderen Orte aus versehen. An die Regierung in Spener darf kein Brief gelangt werden, da beratige Sendungen in die Hand der Separatisten fallen könnten.

Der Parlamentarismus ist tot, es leben die Arbeiterräte!

Von A. Thalheimer

Die Arbeiterrepublik und mit ihr der Parlamentarismus sind tot und in der Verwesung begriffen. Sie sind nicht befeigt worden, denn sie haben nicht um ihr Leben gekämpft, sie haben sich selbst den Strick um den Hals gelegt und haben das Ende des Stricks der Militärdiktatur in die Hand gegeben. Der Reichstag und die Landesparlamente existieren zwar formal noch, sogar die Weimarer Verfassung existiert noch auf dem Papier. Die wirkliche Verfassung ist die Reichswehr mit dem General Seekt an der Spitze, die Diktatur der Schwerindustrie und die Junker. Seekt hat mit Rücksicht auf den demokratischen Schwund, den Poincaré für das französische Volk benutzt, sowie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der englischen Regierung formell den Reichstag und die anderen Parlamente noch bestehen lassen. Aber sie haben nicht mehr das geringste zu sagen. Der Reichstag wird nicht zusammenberufen trotz Weimarer Verfassung. Aber auch wenn das der Fall wäre, wäre es ebenso. Der Reichstag, der im Juni 1920 gewählt wurde, hat sich längst in einen verächtlichen wie korrupten Klotz von Geschäftspolitikern verwandelt, die jede Schandung des Parlamentarismus willig mitgemacht haben. Wenn dieser Reichstag durch den bekannten Leutnant mit dem roten Namen auseinandergelassen würde, so wäre das ein Vorteil für die Klarstellung dessen, was ist. Die Landtage sind ebenfalls nichts mehr als Kullissen der Militärdiktatur. Das letzte Beispiel ist Sachsen, dessen Landtag einseitig dem Befehlen des Generals Müller zu gehorchen hat, andernfalls ein paar Maschinengewehre aufzuführen. Die Schluß mit der Vorstellung machen. Die sogenannten Regierungen des Reiches und der Länder existieren nur noch von Gnaden der Militärbefehlshaber, sind nur noch Strohströhler der Generale. Sie haben mit den Parlamenten auch formell nichts mehr zu tun, sondern sind nur noch in Verbindung mit dem Klotz der korrupten Geschäftspolitiker, die ihrerseits sich auf den Boden der Tatlagen, d. h. auf den Boden der Militärdiktatur gestellt haben.

Am 14. November. In einer Kammer dieser Parlamente hat das wertvollste Blatt seinerzeit reale Interessen, daran hätte höchstens Interesse die kapitalistische Militärdiktatur, die Poincaré und Walther, um die Lösung einer wirklichen Volksvertretung zu verhindern. Es ist ganz klar, unter der Herrschaft der Militärdiktatur können irgendwelche Parlamente nur Kullissen dieser Militärdiktatur sein, ob alte, ob neue Kullissen, das ist Hofe wie Jade. Das Ende dieser Parlamente, des Reichstags und der Landtage, ist nicht nur das Ende dieser oder jener parlamentarischen Vertretung, sondern ist das Ende des parlamentarischen Betriebs überhaupt. Was sich jetzt deutlich zeigt, das ist, daß der Parlamentarismus nur eine Verkleidung der kapitalistischen Diktatur ist. Sobald es hart auf hart geht im Klassenkampf, erscheint jedermann sichtbar die militärische Gewalt als der eigentliche und wirkliche Machtfaktor der kapitalistischen Herrscher und die parlamentarische Schwachhabe nur als ein Mittel des Volksbetrugs.

Solange die Militärdiktatur nicht niedergeworfen ist, sind alle Formen der bürgerlichen Demokratie, sind alle Parlamente ein platter Schwindel, die wertvollsten Massen müssen ihre Hauptaufmerksamkeit darauf richten, die Militärdiktatur niederzuwerfen. Sie ist natürlich nicht niederzuwerfen mit Stimmzetteln. Gegen Maschinengewehre und Gewehre helfen nur Maschinengewehre und Gewehre. Gegen die Militärdiktatur hilft nur die proletarische Diktatur.

Die Militärdiktatur ist die Herrschaft des kleinen Klotzes der großen Ausbeuter über die wertvollen Volksmassen, über die ungeheure Mehrheit des Volkes. Die proletarische Diktatur ist die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit der Wertigen über den kleinen Ausbeuterklotz. Die proletarische Diktatur erteilt nicht eine wirkliche Volksvertretung, sie hilft sich auf die Vertretung aller Wertigen, auf die Arbeiter. Die Lösung der Volksmassen kann nicht sein. Die Arbeitervertretung der bürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie ist machtlos und nicht mehr herzustellen. Die revolutionäre Arbeiterklasse, die die Militärdiktatur niederkämpft, kann nur eine solche Staatsform aufsuchen, die die wirkliche Herrschaft aller Wertigen garantiert. Das sind nur die Arbeiterräte, die direkten Vertretungen der Arbeiter, der Untergestellten, der Kleinbauern, die ihren Auftraggebern unmittelbar verantwortlich, die jederzeit von ihnen abgerufen sind, die keine parlamentarischen Schwachhabe sind, sondern arbeitende, ausführende Körperschaften sind.

Die Arbeiterräte können aber nicht nur aus dem bloßen Luft entstehen. Sie können die Machtfaktor der herrschenden Arbeiterklasse nur dann werden, wenn sie bereits zuvor, wenigstens im Keim, gebildet sind und sich bewährt haben als die Organe, die den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht gegen die Militärdiktatur leisten. Darum gilt es, nicht zu warten mit der Errichtung der Arbeiterräte bis zu dem Tage nach der Niederlegung der Militärdiktatur, vielmehr muß der Gedanke der Arbeiterräte als Kampforge gegen die Militärdiktatur und als Grundlage der wirklichen Vertretung der arbeitenden Klasse bereits jetzt mit aller Macht propagiert werden und die Arbeiterklasse selber müssen im Bewußtsein des Kampfes gegen die Militärdiktatur zu einheitlicher Leistung dieses Kampfes gebildet werden.